

OV 09.07.13 S1

Landvolk mit EU-Agrarreform unzufrieden

Kreisverbände Vechta und Cloppenburg wollen Nachbesserungen

Oldenburger Münsterland (gio). Kritik an der EU-Agrarreform: Was als Plan vorliege, könne nur als „durchwachsen“ bewertet werden. Da sind sich die Kreislandvolk-Verbände Vechta und Cloppenburg einig. Bis zur

Abstimmung im Oktober im Europäischen Parlament will das Landvolk der Region Nachbesserungen erreichen.

Weniger Bürokratie, Vereinfachungen und Klarstellungen sind die Ziele. Unterstützung

versprach der Vechtaer EU-Abgeordnete Hans-Peter Mayer (CDU). Das Landvolk hat auch eigene Vorschläge. So tritt es für mehr Prävention bei der Seuchenebekämpfung ein.

► SEITE 5

OV 09.07.13 S5

Landvolk will EU-Agrarreform nachbessern

Zuviel Bürokratie und jede Menge Ungenauigkeiten kritisieren die Landwirte – sie wollen sich an Brüssel wenden

Die erhoffte Vereinfachung der EU-Agrarpolitik blieb aus. Und viele der neuen Regelungen bereiten den Landwirten Sorgen.

VON GIORGIO TZIMURTAS

Vechta. Was nach langen Verhandlungen jetzt als EU-Agrarreform auf dem Tisch liegt, das sei „durchwachsen“. Da sind sich die Vertreter der Kreislandvolk-Verbände Vechta und Cloppenburg einig. Sie wollen in Brüssel Vorschläge für Nachbesserungen einbringen. Das beschlossen sie gestern auf einer Sitzung im Grünen Zentrum in Vechta.

„Es droht zu viel Bürokratie“, kritisiert der Vechtaer Kreislandwirt Norbert Meyer. Und: „Statt einer Vereinfachung ist es zu einer Vielzahl von Ausnahmeregelungen gekommen.“ Einer der Knackpunkte für die hiesigen Bauern ist das sogenannte „Greening“ – die Begrünung.

Hierzu zählt auch die Bereitstellung ökologischer Vorrangflächen. Fünf Prozent sollen es sein. Wird die Auflage nicht eingehalten, drohen bis zu 37,5 Prozent Abzüge bei den Direktsubventionen an die Bauern. „Das ist nicht glücklich für unsere Region, weil hier Flächenknappheit herrscht“, erklärt Bernhard Suilmann, Geschäftsführer des Cloppenburgers Kreislandvolks.

Der Vechtaer EU-Abgeordnete Hans-Peter Mayer (CDU), der an der Tagung teilnahm, gibt zu bedenken: Der ursprüngliche Vorschlag von Agrarkommissar Dacian Ciolos habe sieben Prozent an Vorrangflächen vorgesehen. Mayer, der in den Gesprächen mit der Kommission und



Positionsfindung: Was bei der Agrarreform noch nachgebessert werden muss, diskutierten (von links) die Landvolk-Vertreter Bernhard Suilmann, Silvia Breher, Hubertus Berges, Norbert Meyer, Thomas Nordhus und der EU-Abgeordnete Hans-Peter Mayer (CDU). Foto: Tzimurtas

den Regierungen der EU-Länder einen auf drei Prozent lautenden Antrag unterbreitet hatte, zeigt sich deshalb angesichts der ausgehandelten fünf Prozent zufrieden. Das Greening sei „unglaublich entschärft“.

Außerdem sei erreicht worden, dass vorhandene Grünstreifen angerechnet werden können. Ebenso sei der Anbau von Eiweiß-Pflanzen oder solchen, die Stickstoff binden, möglich. Für Suilmann sind das aber trotzdem Einschränkungen in der intensiven Nutzung.

Viel Unklarheit herrscht derzeit mit Blick auf bestimmte Begriffe. Was zum Beispiel unter einer „Agrarumweltmaßnahme“ zu verstehen ist, das sei noch völlig offen, sagt Mayer. Er riet dem Landvolk, eine Negativliste zu erstellen und eigene Festlegungen „möglichst früh“ zu formulieren. Mayer bot seine Unterstützung an, um die Positionen aus dem Oldenburger Münsterland durchzusetzen.

Auf Widerstand stößt auch die vorgesehene Regelung, dass Maßnahmen zur nachhaltigen

Bewirtschaftung auf fünf Jahre angelegt sein müssen. Kreislandwirt Meyer sagt: „Hier ist eine kürzere Zeit notwendig. Ich bin für drei Jahre“. Meyer begründet dies damit, dass Betriebe nicht bis zu sechs Jahre im Voraus planen könnten. „Wir müssen flexibler werden“, sagt er.

Auch bei der Seuchenebekämpfung sei mit Brüssel noch zu reden. Mehr Prävention lautet hier die Forderung des Landvolks. Meyer plädiert für vorbeugende Impfungen und eine Art Tierbestands-Kataster. Dieses

soll Sperrungen im Seuchenefall nach den realen Verhältnissen ermöglichen – anstatt nach Verwaltungseinheiten. Es mache keinen Sinn, ganz Niedersachsen zur Sperrzone zu erklären, wenn nur im Osten ein Problem bestehe, betont Meyer.

Und: Ungelöst sei die Frage nach den Zahlungsansprüchen der Landwirte bei den Prämien während der Übergangsphase, sagt Meyer. Er hat hierzu einen eigenen Vorschlag: „Wer als Bewirtschafter Fläche nachweist, soll die Prämie erhalten.“